

Vorschläge für Vereinbarungen der Teilnehmer:innen der 4. Gewerkschaftskonferenz für den Frieden am 24./25.Juli in Würzburg zum weiteren gemeinsamen Vorgehen gegen Aufrüstung, Militarisierung und Sozialkassenschlag



Es reicht, sagen die Vertrauensleute von Mercedes Benz in Stuttgart-Untertürkheim in einer Resolution vom Juni 2026. Schluss mit Sozialabbau, Massenentlassungen und Aufrüstung! Was wir dagegen brauchen ist Protest, politischer Widerstand und Streik! Gerichtet an die IG Metall und alle Gewerkschaften.

Und recht haben sie - es reicht!

Die Bundesregierung rüstet massiv auf! Erklärtes Ziel ist es, die deutsche Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee Europas auszubauen!

Heute erleben wir, was die Aussage von Bundeskanzler Merz „Whatever it takes“ in diesem Zusammenhang bedeutet: Den größten Angriff auf lang erkämpfte Errungenschaften nach der Agenda 2010 durch die rot-grüne Regierung, Massenentlassungen und Abbau von demokratischen Rechten. Finanzminister Klingbeil äußert in seinen Kommentaren zu dem sogenannten „Reformpaket“ ganz unverhohlen, dass dies notwendig sei, um die Aufrüstung zu finanzieren.

Sehr richtig betonen die Kolleg:innen von Mercedes-Untertürkheim: Das ist Klassenkampf der Bosse und das benötigt entschiedene Gegenwehr von Seiten der Gewerkschaften bis hin zum Streik!

Fahimis Anbiederung an die Regierung, das Reformpaket würde „Richtige Signale für Beschäftigung, Wachstum und Entlastung“ aussenden und der Regierung dafür die Hand zu reichen, sind das falsche Signal! Zurecht stieß das auf Kritik beim ver.di Gewerkschaftsrat: „Gerade jetzt erwarten unsere Mitglieder eine Gewerkschaftsbewegung, die Haltung zeigt, Konflikte nicht scheut und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte klar zurückweist. Wer den Sozialstaat beschneidet, ::: darf von uns keine freundlichen Bewertungen erwarten und erst recht nicht erhalten.“

Ein erstes richtige Signal ist die Entscheidung des DGB einen bundesweiten Aktionstag in mehreren Städten am Samstag, den 26.9. zu organisieren:

- wir – die Anwesenden der gewerkschaftlichen Friedenskonferenz in Würzburg von 24./25.7. 2026 – werden alles in unserer Kraft stehende tun, damit dieser Aktionstag zu einem ersten großen Widerstandstag gegen die Regierung wird.
- Wir mobilisieren in unseren Betrieben und Dienststellen und andere von den Sparprogrammen betroffene Kolleg:innen dorthin und beginnen, wo möglich, erste Bündnisse mit Initiativen gegen Sozialabbau, Klimaveränderung, Aufrüstung etc. aufzubauen.
- Dabei zeigen wir den Zusammenhang zwischen den geplanten Kürzungen mit dem Ziel der NATO die Militärausgaben auf 5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu erhöhen, auf. Diese Militärausgaben gehen nur auf Kosten der Interessen der arbeitenden Bevölkerung, der Sozialhilfeempfänger:innen, der Jugend, der Migrant:innen und Asylbewerber:innen durchgesetzt werden können, die dafür mit ihren sozialen Errungenschaften zahlen sollen.
- Mit dem 26.9. darf nicht Schluss sein! Wir brauchen Aktionen, Großdemonstrationen darüber hinaus! Zum anderen brauchen wir den Schulterschluss mit und Unterstützung von Initiativen und Bündnissen, die im Kampf gegen aktuelle Kürzungen, gegen Aufrüstung etc. bereits vor Ort bestehen.
- Deswegen bereiten wir noch im Oktober eine Aktionskonferenz vor, mit aktiven Kolleg:innen aus den Betrieben, Vertreter:innen von Initiativen gegen Kürzungen, gegen Klimaveränderung, gegen Aufrüstung etc.
Dort ziehen wir eine Bilanz des Aktionstages vom 26.9. und diskutieren wie wir weiter machen!
- Großdemonstrationen allein werden nicht ausreichen, um die Angriffe zurückzuschlagen. Was wir brauchen sind politische Massendemonstrationen – wie sie z.B. in Frankreich, Italien und Belgien durchgeführt werden. Dies sollte auch ein Diskussionspunkt auf den Aktionskonferenzen sein.